

Zehn Thesen zur Sozio- ökonomischen Bildung

von Dirk Lange und Jürgen Menthe

Der gegenwärtigen Diskussion um die Verbesserung der ökonomischen Bildung liegen konfligierende Konzepte hinsichtlich des Gegenstandsbereichs ökonomischer Bildung zugrunde. So wird einerseits eine starke Orientierung an den Wirtschaftswissenschaften gefordert (ZDH 2010, Retzmann 2011, May 2011), die wiederum von anderen Autoren kritisiert wird (Famulla et al. 2011, Hedtke 2011).

Im Kern der Auseinandersetzung steht nicht die Frage eines eigenständigen Unterrichtsfaches Wirtschaft. Die Konfliktlinie verläuft zwischen zwei Leitbildern ökonomischer Bildung: Soll ökonomische Bildung in die Denkschule der ökonomischen Verhaltenslehre sozialisieren und unternehmerisches Denken vermitteln oder soll sie Lernenden eine Orientierung in der Wirtschaftswelt geben und sie befähigen, ihre pluralen Interessen als Wirtschaftsbürger/in zu erkennen und einzubringen? Wir plädieren für das zweite Konzept, das als sozioökonomische Bildung begriffen wird.

1. Ausgewogenheit

Sozioökonomische Bildung an der Schule sollte die unterschiedlichen Interessen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure widerspiegeln. Politikunterricht unterrichtet nicht im Interesse bestimmter Parteien, sondern über Parteien. In gleicher Weise sollte sozioökonomische Bildung in ausgewogener Weise die Perspektiven der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Unternehmen, Gewerkschaften und Sozialverbände behandeln. Wenn in Entwürfen für Bildungsstandards nur „unternehmerische Denkweisen“ erlernt werden sollen, so ist das problematisch. Diese

wären mindestens durch die Reflexion „arbeitnehmerischer Denkweisen“ (z.B. Solidarität) zu ergänzen.

2. Kontroversität

Das seit dem Beutelsbacher Konsens (Schneider 1999) weitgehend unumstrittene Gebot der Kontroversität hat für die sozioökonomische Bildung uneingeschränkte Gültigkeit. Es darf auch für den Wirtschaftsunterricht nicht relativiert werden. In jedem Lernfeld gibt es bestimmte Kenntnisse, Denkweisen und Theorien, die akzeptiert sind und „gelehrt“ werden können. Das Kontroversitätsgebot setzt dann ein, wenn Gegenstände in der Wissenschaft oder der Gesellschaft uneinheitlich bewertet werden, wie z.B. die ökonomische Verhaltenstheorie oder das damit zusammenhängende Menschenbild des „homo oeconomicus“.

3. Fachwissenschaftlicher Bezug

Politikunterricht an allgemeinbildenden Schulen verfolgt allgemeine Bildungsziele, namentlich, Schüler/innen zu unterstützen, zu verantwortlichen, demokratischen und v.a. mündigen Bürger/innen heranzureifen. Die Politikwissenschaft verfolgt primär keine Bildungsziele, weshalb ein einfaches Übertragen ihrer Inhalte auf die politische Bildung unzulässig wäre, auch wenn einzelne Erkenntnisse und Perspektiven der Politikwissenschaft nach didaktischer Abwägung Bestandteile des Politikunterrichts sein können.

Analog lässt sich sozioökonomische Bildung nicht als Ableitungsunterricht aus den wirtschaftswissenschaftlichen

Bezugswissenschaften konzipieren. Stattdessen muss unter didaktischer Perspektive analysiert werden, welche Inhalte der Wirtschaftswissenschaften als bildungswirksam eingeschätzt werden. Lebensweltliche Erfahrungen mit und Schülervorstellungen über Ökonomie müssen Ausgangspunkt der Lernprozesse sein.

4. Bildungsgehalt definieren, Anschlussfähigkeit herstellen

Die Gegenstände der sozioökonomischen Bildung sollen der Lebenswelt von Lernenden entstammen. Es sind also v. a. solche Modellierungen und Beispiele zu wählen, die für die Gegenwart oder die wahrscheinliche Zukunft der Lernenden bedeutsam sind, um subjektive Anschlussfähigkeit und persönliche Sinnhaftigkeit sicher zu stellen. Eine Überbetonung unternehmerischer Sichtweisen ist aus lerntheoretischer wie aus bildungstheoretischer Sicht nicht sinnvoll. Aus lerntheoretischer Sicht, weil Lernende v. a. in sinnstiftenden Kontexten erfolgreich lernen, was eher für Themen wie Berufswahl, Entlohnung, Konsumverhalten oder Verbraucherschutz spricht.

Aus bildungstheoretischer Sicht zeigen z. B. die Fragen nach der Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung, dass „unternehmerisches Denken“ nur für eine kleine Minderheit der Lernenden wichtig werden wird. Das spricht nicht dagegen, dieses im Unterricht zu behandeln, wenn auch die mutmaßlich bedeutungsvolleren Fragen sozialer Gerechtigkeit oder gewerkschaftlicher Organisation ihre Stellung im Curriculum zugewiesen bekommen.

5. Vielfalt der Bezugswissenschaften abbilden

Sozioökonomische Bildung zielt nicht darauf ab, eine bestimmte Perspektive auf die Welt zu vermitteln, sondern sie nutzt wirtschaftswissenschaftliche Modellierungen, um Lernprozesse anzuregen und Perspektivenvielfalt zu eröffnen. Das Postulat, alles unter der Perspektive des effizienten Umgangs mit knappen Mitteln zu betrachten (vgl. Retz-

mann 2011), stellt eine mögliche Perspektive dar. Sie zu verabsolutieren, wäre aber eine unzulässige Einengung des Blickwinkels, aus dem heraus andere wichtige ökonomische Fragen (etwa die der (un)gerechten Verteilung der in dieser Gesellschaft erwirtschafteten Mittel) gar nicht in den Blick geraten.

Ökonomische Bildung unter der alleinigen Prämisse der ökonomischen Verhaltenstheorie zu konzipieren, zielt letztlich nicht auf den mündigen Wirtschaftsbürger, sondern würde bedeuten, jenseits des Aufklärungsanspruches sozioökonomischer Bildung ein Unterrichtsfach zu etablieren, das eine einseitige und letztlich ideologische Sichtweise auf die Wirklichkeit propagiert, in welcher der Bürger auf den Nutzenmaximierer reduziert wird.

6. Einflussnahme und Unabhängigkeit

Gesellschaftliche Akteure versuchen, für ihre Sichtweisen zu werben. So mag es für Banken- und interessegeleitete Wirtschaftsverbände legitim erscheinen, Einfluss auf bildungspolitische Debatten zu nehmen und für die Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Systems oder von Unternehmerinteressen zu werben. Andere gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften oder Sozialverbände werden einen kritischen Zugriff bevorzugen und Verbesserungsmöglichkeiten der marktwirtschaftlichen Ordnung herausstellen. Eine plurale Gesellschaft entwirft demzufolge konfligierende Bildungskonzepte. Genau so selbstverständlich ist, dass die Fachdidaktik zur Verwissenschaftlichung und Rationalisierung dieser „parteilichen“ Bildungszugänge beitragen sollte. Problematisch ist es, wenn wirtschaftliche Interessenverbände versuchen, ihre Partialinteressen in Form von Schulcurricula allgemein verbindlich zu machen.

7. Sozioökonomische Bildung als multiperspektivischer Zugriff

Politische Bildung ist ein an Mündigkeit und Selbstbestimmung orientierter Zugriff auf die Gegenstände der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Die sozio-

ökonomische Bildung teilt diesen Zugriff. Wie die Unterrichtsfächer der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften konkret lauten und wie sie zugeschnitten sind, ist letztlich unerheblich. Wesentlich ist, dass sich diese Fächer an gemeinsamen Grundprinzipien (Kritikfähigkeit, Rationalität, Schülerorientierung, Mündigkeit, Selbstbestimmung, Urteilsfähigkeit usw.) orientieren, die in den vergangenen Jahrzehnten (nicht nur) in der Politischen Bildung entwickelt wurden.

Ob ein eigenes Fach Wirtschaft dazu geeigneter ist als ein Fächerverbund (vgl. Loerwald et al. 2011), ist umstritten. Viele wichtige Themen (z. B. Ökologie und Umweltschutz, Gesundheit, Ernährung, Energieversorgung usw.) kommen ohne eigenes Unterrichtsfach aus. Dafür gibt es gute Gründe, denn die durch Einbindung in andere Fächer zwangsläufig entstehenden Querbezüge sind wünschenswert, weil sie unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand liefern, die Vernetzung fördern und themenbezogenes Unterrichten erleichtern (z. B. fächerverbindender Unterricht, Projektwochen). Würde man die ökonomische Bildung in ein eigenes Fach ausgliedern, würde das die Gefahr der perspektivischen Verengung auf bestimmte betriebswirtschaftliche Sichtweisen erhöhen – zugleich würde die vielfach kritisierte Zergliederung des Schulstoffes durch ein weiteres Nischenfach einen Schritt weiter geführt. Schließlich stellt sich – vom Knappheitspostulat ausgehend – angesichts voller Stundentafeln die Frage, welche Fächer Stunden aus ihrem Deputat abgeben müssten.

8. Reflexion der Marktwirtschaft

Die fachdidaktische Erschließung der sozialen Marktwirtschaft (vgl. Schlösser 2001) ist ein wichtiges Ziel sozioökonomischer Bildung. Eine der Urteilsfähigkeit verpflichtete sozioökonomische Bildung muss aber auch den Wirtschaftsrahmen selbst in den Blick nehmen, alternative Ideen des Wirtschaftens thematisieren und Kriterien zur Beurteilung unterschiedlicher Wirtschaftsformen und wirtschaftlicher Entwicklungen liefern. Erst die Auseinandersetzung mit Alternativen zum markt-

wirtschaftlichen Ansatz ermöglicht eine kritische Distanz, zu der auch die Perspektive der Kapitalismuskritik gehört (Problematik des unendlichen Wirtschaftswachstums samt der ökologischen Folgen, der Verteilungs(un)gerechtigkeit innerhalb marktwirtschaftlich organisierter Gesellschaften, der infolge der ökonomischen Globalisierung verschärften Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, der internationalen Verteilungsgerechtigkeit u. v. m.). Ebenso gehört dazu die Erörterung der Vor- und Nachteile alternativer Modelle des Wirtschaftens (Genossenschaften, nicht renditeorientierte Betriebe wie kommunale Wasserwerke im Unterschied zu privatisierten Wasser- oder Stromversorgern usw.) und damit zusammenhängend die Frage, ob die Durchökonomisierung der Gesellschaft (z.B. die Privatisierung zuvor öffentlicher Aufgaben) in dem Maße wünschenswert und unvermeidlich ist, wie sie im öffentlichen Diskurs häufig dargestellt wird. Sozioökonomische Bildung muss o.g. Aspekte ansprechen, wobei deutlich werden muss, dass ein sich selbst überlassener Markt keineswegs zu einem gesamtgesellschaftlichen Optimalzustand führt (Engartner 2010, S. 48). Die Analyse der Finanzkrise von 2008 kann dies eindrucksvoll unterstreichen.

9. Normative Kriterien offenlegen

In der Tradition der kategorialen Bildung sollte sozioökonomische Bildung zentrale Kategorien vermitteln, die die Lernenden auf verschiedene Probleme und Kontroversen in Politik und Wirtschaft anwenden können und die es ermögli-

chen, eine begründete Position einzunehmen. Hierzu bedarf es der Verständigung auf bestimmte normative Kriterien (bspw. Gerechtigkeit, Effizienz, Solidarität, Lebensqualität), anhand derer ökonomische Kontroversen beurteilt werden können. Diese Kriterien sollten explizit ausgewiesen und am Gemeinwohl orientiert sein.

„Unternehmerische Sichtweisen zu erlernen“ stellt kein normatives Ziel in o.g. Sinne dar. Stattdessen könnten „unternehmerische Sichtweisen“ als eine Perspektive in einer konkreten Kontroverse begriffen und erlernt werden. Die Orientierung sozioökonomischer Bildung an o.g. Kriterien ermöglicht, ökonomische Frage- und Problemstellungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten; die Urteilsbildung gesellschaftlicher Kontroversen auf Basis anerkannter Kriterien verhindert eine einseitige Betrachtung.

10. Mündigkeit als Ziel

Ein Mehr an ökonomischer Bildung ist sinnvoll, wenn darin allgemeinbildende wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Inhalte und Konzepte erschlossen werden, die die Lernenden auf ihr künftiges Leben vorbereiten und ihnen Orientierung bieten. Das leistet eine Konzeption sozioökonomischer Bildung, die sich am Leitbild der Mündigkeit orientiert. Es ist indes eine andere – und nachrangige – Frage, ob diese Inhalte in einem eigenen Fach oder im Verbund mit anderen Fächern vermittelt werden. Es geht in der Auseinandersetzung mit einigen Vorschlägen zur ökonomischen Bildung vor allem um die Abwehr einer Bildungskonzeption, die eine umstrittene Deutung der ökonomischen Wirklich-

keit als allgemeingültig annimmt und in diesem Sinne den Unterricht meinungsbildend zu gestalten versucht, anstatt die multiperspektivische Urteilsbildung anzuregen. ◆

Literatur

- Engartner, T.: Didaktik des Ökonomie- und Politikunterrichts. Paderborn 2010.
- Famulla, G. E.; Hedtke, R.; Zurstrassen, B.: Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 12 / 21.03.2011 – Thema: Ökonomische Bildung.
- ZdH, Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft (Hg.); Thomas Retzmann; Günther Seeber; Bernd Remmele; Hans-Carl Jongebloed (Verf.): Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen – Bildungsstandards für Lehrerbildung, Essen/Lahr/Kiel 2010.
- Hedtke, R.: Konzepte ökonomischer Bildung, Schwalbach/Ts. 2011.
- Loerwald, D.; Schröder, R.: Zur Institutionalisierung ökonomischer Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 12 / 21.03.2011 – Thema: Ökonomische Bildung.
- May, H.: Ökonomische Bildung als Allgemeinbildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 12 / 21.03.2011 – Thema: Ökonomische Bildung.
- Retzmann, Th.: Kompetenzen und Standards der ökonomischen Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 12 / 21.03.2011 – Thema: Ökonomische Bildung.
- Schlösser, H. J.: Ökonomische Bildung, Wirtschaftsdidaktik, Wirtschaftswissenschaft (2001). <http://www.jsse.org/2001/2001-2/oekonomische-bildung-schloesser.htm> (Zugriff am 12.04.2011).
- Schneider, H.: Der Beutelsbacher Konsens. In: Wolfgang W. Mickel (Hg.): Handbuch zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 358, Bonn 1999, S. 270.